

# Newsletter

global  
contract  
foundation  
stiftung  
weltvertrag



# 3/2004

- 3 **Annan präsentiert Zustandsbericht über die Millenniumsziele**  
*Von Nicolai Sune Andersen*
- 4 **Neuerscheinung: Welt in Balance**
- 5 **Jaques Chirac schlägt die Einführung einer internationalen Steuer vor**  
*Von Armin Frey und Nicolai Sune Andersen*
- 5 **Russland ratifiziert Kyoto Protokoll**  
*Von Nicolai Sune Andersen*
- 6 **Global Marshall Plan und Mikrofinanzierung: eine Chance zur nachhaltigen Entwicklung?**  
*Von André Munzinger, Maike Sippel, Felipe Simmel*
- 8 **FAO schreibt Recht auf Nahrung fest**  
*Von Nicolai Sune Andersen*
- 9 **Die USA versuchen erneut, den Internationalen Strafgerichtshof zu schwächen**  
*Von Nicolai Sune Andersen*
- 10 **Neue Publikation der Stiftung Weltvertrag: Lust auf Zukunft – Kommunikation für eine nachhaltige Globalisierung**  
*Von Torge Hamkens*
- 11 **Termine  
Impressum**



## Liebe Freunde und Interessierte der Stiftung Weltvertrag

Newsletter  
3/2004

Wieder ein Jahr neigt sich dem Ende zu. Das gilt auch für die Stiftung Weltvertrag, die auf ein bewegtes drittes Jahr zurückblickt. Eine der wesentlichsten inhaltlichen Entwicklungen ist die Fokussierung auf die Projekte *Global Marshall Plan Initiative* und *Global Contract Report*.

Im kommenden Frühjahr veröffentlichen die Vereinten Nationen einen umfassenden Bericht über den Stand der Umsetzung der Millenniumsziele. Das Thema wurde aber auch schon auf der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen behandelt. Ein Bericht des Generalsekretariats kommt zu dem Ergebnis, dass eine Vielzahl der Ziele auf der Basis der derzeitigen Maßnahmen nicht erreicht werden können. Nicolai Sune Andersen gibt einen groben Überblick, was sich auf diesem Gebiet getan hat.

Die sehr erfolgreichen Entwicklungen innerhalb der *Global Marshall Plan Initiative* haben dazu geführt, dass nahezu das komplette Arbeitspotenzial in unserem Hamburger Büro für die Koordination dieser Initiative verwendet wird. Einer der Arbeitsschwerpunkte lag dabei darin, mehrere internationale Konferenzen in Brüssel und in Wien zu organisieren. Die letzte dieser Konferenzen fand am 15. Oktober 2004 unter dem Titel *Zukunftschance Ökosoziale Marktwirtschaft* in Wien statt. Die Beiträge dieser Konferenz sind bereits in einen Konferenzband eingeflossen, der mittlerweile in Buchform erhältlich ist. Der zweite Beitrag des Newsletters gibt einen Überblick über diesen Konferenzband.

Vor 10 Jahren trat die Klimarahmenkonvention in Kraft, was dieser Tage in Buenos Aires gefeiert wurde. Mit der Ratifikation des Kyoto-Protokolls durch Russland kann dieses nun im kommenden Jahr in Kraft treten. Immer noch weigern sich die USA, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Auch die neuen reichen und größten Wachstumsländer wollen noch keine Verpflichtungen eingehen. Nicolai Sune Andersen hat einige neue Entwicklungen rund um das Kyoto-Protokoll zusammengetragen.

Einen Blick nach Vorn wagen André Munzinger, Maike Sippel und Felipe Simmel. Das kommende Jahr ist von den Vereinten Nationen als Jahr der Mikrokredite ausgerufen worden. Lesen Sie, warum diese Thematik ein wichtiger Baustein der *Global Marshall Plan Initiative* ist.

Die Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hat zum ersten Mal international das Recht auf Nahrung festgeschrieben. Nach zweijährigen Verhandlungen wurden freiwillige Richtlinien verabschiedet, nach denen alle Staaten dafür sorgen müssen, dass ihre Bevölkerung keinen Hunger leidet. Nicolai Sune Andersen berichtet von den Ergebnissen. Welche Strategien bedarf eine zukunftsfähige Entwicklung und welche Ansätze sind für die Kommunikation des Nachhaltigkeitsgedankens nötig und möglich. Daniel Dettling, Torge Hamkens, Lena Kempmann und Tile von Damm haben hierzu das Buch *Lust auf Zukunft* herausgegeben, in dem 21 Beiträge zu dem Thema „Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung“ zusammengetragen werden.

Der französische Präsident Jaques Chirac macht sich für die Einführung einer Tobinsteuer stark. Damit eifert er der Einführung einer Tobin-Abgabe in Belgien nach. Nicolai Sune Andersen führt in einem weiteren Beitrag aus, dass eine solche Abgabe auf weltweiter Ebene ein sehr geeignetes Mittel für die Umsetzung der Millennium Development Goals (MDG) darstellt.

Die Stiftung Weltvertrag wünscht allen Lesern eine anregende Lektüre, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr



## **Annan präsentiert Zustandsbericht über die Millenniumsziele**

Von Nicolai Sune Andersen

Newsletter  
3/2004

Die Vereinten Nationen sehen partielle Fortschritte bei der Realisierung der Millenniumsziele. Die Krise der Entwicklungsländer ist aber bei weitem nicht abgewendet. Eine Vielzahl der Ziele kann auf der Basis der derzeitigen Maßnahmen nicht erreicht werden. Dieser Text referiert einige zentrale Punkte zu den Millenniumszielen die UN Generalsekretär Kofi Annan der diesjährigen UN Generalversammlung präsentierte. Im kommenden Frühjahr wird ein ausführlicher Statusbericht über den Stand der Umsetzung der Millenniumsziele veröffentlicht.

Die Millennium Development Goals sehen u.a. vor, allen Kindern eine Primärschulbildung zu gewährleisten, die extreme Armut zu reduzieren und Krankheiten und Hunger in vielen Teilen der Erde zu bekämpfen. Der gegenwärtige Stand der Umsetzung der Millennium Development Goals (MDG) geben jedoch keine große Hoffnung auf eine rechtzeitige Zielerreichung (siehe [www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf](http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf) und [www.un.org/millenniumgoals/mdg2004chart.pdf](http://www.un.org/millenniumgoals/mdg2004chart.pdf))

Die MDGs umfassen insgesamt acht Gebiete, in denen Fortschritte generiert werden sollen: Armut, Hunger, Bildung, Gleichberechtigung, Kindersterblichkeit, Krankheiten, Umwelt und eine globale Zusammenarbeit für Entwicklung. Der größte Teil der Ziele soll bis 2015 erreicht werden, wobei 1990 als Referenzjahr dient.

Einige Fortschritte sind allerdings sichtbar geworden. Seit 1990 ist es etwa 200 Millionen Menschen im östlichen, südlichen und südöstlichen Asien gelungen, nicht länger in extremer Armut leben zu müssen. In mehreren Ländern lassen sich vermehrte Anmeldungen in die Grund- bzw. Primärschulen beobachten. Große Teile von Asien, Nord-Afrika und den selbständigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion hoffen, dass die Halbierung der Menschen in extremer Armut bis

zum Jahr 2015 erreicht werden kann. Seit 1990 hat die Anzahl registrierter Hungersnöte weltweit abgenommen, und das, obwohl die Geschwindigkeit bei weitem nicht überall ausreichend groß ist, um die Ziele bis 2015 zu erreichen. Neuen Statistiken zufolge gibt es ebenfalls einen verbesserten Zugang zu Wasserressourcen.

Im Rahmen der Verhandlungen innerhalb der Welthandelsorganisation WTO sind die Industrieländer bislang nicht oder nur mit großem Zögern willens gewesen, den Entwicklungsländern einen besseren Marktzugang zu gewähren und ihnen ihre Konkurrenzvorteile einzuräumen (dies gilt vor allem bei Agrarprodukten und Textilien). Die EU-Initiative *Alles bis auf Waffen*, nach der zollfreie Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern erlaubt werden, wurde von Kofi Annan als ein positiver Schritt bewertet. Diese Initiative hat jedoch bislang noch keine nennenswerten Ergebnisse gebracht.

Die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) ist seit dem Millenniumstreffen prozentual beträchtlich gestiegen. Im Jahr 2000 betrug die Entwicklungshilfe insgesamt 52,4 Milliarden Dollar. Nur zwei Jahre später ist sie bereits auf 68,5 Milliarden Dollar gestiegen. Fünf Länder – Belgien, Frankreich, Irland, Spanien und England – haben eine Aufstockung ihrer ODA-Mittel angekündigt, um das 0,7 Prozent Ziel der Vereinten Nationen zu erreichen. Sie würden dann ein Niveau wie bisher schon Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden erreichen. Die USA haben ihre Beiträge ausgeweitet und sind in absoluten Zahlen weiterhin der weltweit größte Beitragszahler. In Deutschland stagniert die Entwicklungshilfe bei 0,29% des Bruttonationalprodukts. ↓



UN Generalsekretär Kofi Annan



Innerhalb von vier Jahren haben die acht Millennium Development Goals (MDG) unser Bild der globalen Entwicklungsarbeit verändert. Der breite weltweite Konsens über eine Reihe von klaren, messbaren und zeitgebundenen Entwicklungszielen hat zu einer koordinierten Zusammenarbeit ohne gleichen geführt.

Die Stiftung Weltvertrag teilt die Bewertung dieser Entwicklungen durch die Vereinten Nationen, die davor warnen, ob dieser Fortschritte in Euphorie zu verfallen und ein all zu positives Bild der Nord-Süd-Beziehungen zu zeichnen. Beispielsweise ist die Situation in den am ärmsten und wenigsten entwickelten Ländern (vor allem die afrikanischen Gebiete südlich der Sahara) weiterhin sehr angespannt. In vielen Fällen kann man einen Mangel an Fortschritt konstatieren, und teilweise gar eine Verschlechterung der Situation. Die Kindersterblichkeitsrate ist zum Beispiel in vielen Teilen der Erde immer noch sehr hoch. Des Weiteren ist nur ein langsamer Fortschritt bei der Verbesserung der sanitären Anlagen zu verzeichnen.

Kofi Annan brachte zum Ausdruck, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt erst ein Sechstel der Ziele umgesetzt sind. Bei einem weiteren Sechstel ist man im Zeitplan. Beim überwiegenden Anteil der MDG ist die Umsetzung bis 2015 jedoch in Gefahr, oder es besteht bereits heute keine Chance mehr, die Ziele mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen.

## Neuerscheinung: Welt in Balance

Anlässlich der erfolgreichen Veranstaltung der Global Marshall Plan Initiative *Zukunftschance Ökosoziale Marktwirtschaft* in Wien, ausgerichtet durch den Universitäts.Club Klagenfurt und das Ökosoziale Forum, erscheint im Dezember 2004 der Konferenzband *Welt in Balance*. Er enthält die Beiträge von folgenden Referenten: HRH Prinz El Hassan bin Talal, Jordanien, dem Österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer, Dr. Horst Peter Groß, Universitäts.Club Klagenfurt, Dr. Peter Heintzel, Universität Klagenfurt, Prof. Franz Josef Radermacher, Stiftung Weltvertrag, Dr. Josef Riegler, Ökosoziales Forum Europa, Prof. Ernst Ulrich v. Weizsäcker, Mitglied des Deutschen Bundestags, und Anders Wijkman, Mitglied des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus wird der Band durch weitere interessante Informationen über die *Global Marshall Plan Initiative* und ihre aktiven Akteure ergänzt.

Am 15. Oktober 2004 kamen in Wien international angesehene Persönlichkeiten zusammen, um über die Situation der Welt zu diskutieren. Trotz der interdisziplinären Besetzung kamen die Anwesenden zu dem einhelligen Schluss, dass sich die Welt in einer Schiefelage befindet und wir die Balance in vielen

Bereichen wieder herstellen müssen. Ernst Ulrich von Weizsäcker benannte diesbezüglich u.a. das Verhältnis von Leistungs- und Solidaritätsprinzip, von Ökonomie und Ökologie, von öffentlich und privat.

Ziel der Veranstaltung war es, nicht nur Probleme, sondern auch Lösungswege aufzuzeigen. Zur Lösung braucht es vor allem zwei Dinge: eine „neue Aufklärung“, die den Menschen die gegenwärtige Situation und Alternativen aufzeigt, neue „Marktmechanismen“, die für die Umsetzung einer nachhaltigen und ausbalancierten Entwicklung wirken und den Umbau der wirtschaftlichen

Systeme entsprechend forciert. Ein ökosoziales Marktmodell, wie es Dr. Josef Riegler bereits 1987 entwickelt hat, das ökologische und soziale Ansprüche in Produktions- und Konsummustern berücksichtigt, wäre eine adäquate Lösung für den Globus.

Die *Global Marshall Plan Initiative* hat sich dieses „Projekt der Hoffnung“ auf die Fahnen geschrieben und will alles daran setzen, erfolgreich zu sein: „Der Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft ist überfällig [...]. Wir Initiatoren sind daher fest entschlossen, unsere Initiative so lange voranzubringen, bis sie zum gewünschten Erfolg geführt hat.“



Ihr persönliches Exemplar von *Welt in Balance* können Sie bei der Global Marshall Plan Initiative bestellen: online unter [www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org) bestellen, E-Mail unter [info@globalmarshallplan.org](mailto:info@globalmarshallplan.org), telefonisch unter 040-822 90 420 oder per Fax an 040-822 90 421

Einzelpreis: 10 Euro  
(ab 5 Ex. je 8 Euro,  
ab 10 je 6 Euro,  
ab 50 je 5 Euro,  
ab 100 je 4 Euro)  
Alle Preise zzgl. Versand



### **Jaques Chirac schlägt die Einführung einer internationalen Steuer vor**

Von Armin Frey und Nicolai Sune Andersen

Auch Frankreichs Präsident Jacques Chirac hat nun einen Vorschlag zur Einführung internationaler Steuern unterbreitet, nachdem Belgien die Einführung einer Tobin-Steuer im Parlament unter Vorbehalt einer europäischen Ordnung beschlossen hat. Dass die Einführung von internationalen Steuern einen wesentlichen Beitrag leisten könnte, um den fehlenden Finanzbedarf für Entwicklungsprojekte wie die Umsetzung der Millennium Development Goals (MDG) zu finanzieren, ist auch ein zentraler Aspekt der *Global Marshall Plan Initiative*.

Chirac forderte vor der UN-Generalversammlung die Einführung einer Tobinsteuer - einer Steuer auf Devisentransaktionen zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte. Darüber hinaus regte er eine angemessene Besteuerung von Unternehmensgewinnen transnationaler Konzerne und Lenkungssteuern auf Treibhausgase, Waffenhandel und internationale Lotterien an.

Zuletzt war der brasilianische Präsident Lula da Silva als großer Verfechter von internationalen Steuern in Erscheinung getreten. Mit dieser neuerlichen Initiative von Jaques Chirac steigt der Druck zur Einführung solcher Finanzinstrumente zur Bekämpfung von Armut erheblich an. Außer den USA haben übrigens fast alle Staaten der diesjährigen UN-Generalversammlung den Vorschlag Frankreichs unterstützt. Bislang handelt es sich bei dem Vorstoß jedoch lediglich um eine reine Absichtserklärung.

### **Russland ratifiziert Kyoto Protokoll**

Von Nicolai Sune Andersen

Russland hat nach langem Zögern das Kyoto Protokoll, das die Emission von Gasen begrenzt, die zu einer Erwärmung der Erdatmosphäre führen können, ratifiziert. Der Beschluss der russischen Regierung, das Abkommen zu ratifizieren, war der letzte entscheidende Schritt für dessen Inkrafttreten, der von vielen mit Nachdruck erwartet wurde. Ohne ein russisches Ja hätte das Protokoll eine unsichere Zukunft gehabt. Russland verantwortet etwa 17 Prozent der globalen Emissionen. Mit der Ratifikation durch Russland kann das Kyoto Protokoll nun in Kraft treten.

Die positive Entscheidung Russlands bedeutet, dass sich der Druck auf die USA erhöhen wird, die 2001 angekündigt haben, das Abkommen zu boykottieren. Es ist indes angesichts der Wiederwahl von George W. Bush eher ungewiss, dass Washington dem guten Beispiel Moskaus folgen wird. Allerdings ist es nicht unwahrscheinlich, dass eine zunehmend einheitliche internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet auch den Kurs der USA beeinflussen kann. So haben mehrere US-amerikanische Bundesstaaten angekündigt, auf dem Gebiet der Klimapolitik stärker aktiv werden zu wollen. Vielleicht helfen auch die Bestimmungen der WTO, die USA zum Einlenken zu bewegen.

Das russische Zögern hatte seinen Ursprung in den zunächst sehr widersprüchlichen Aussagen, ob das Kyoto Protokoll rein wirtschaftlich für das Land positiv oder negativ zu beurteilen ist. Diverse Analysen hätten jedoch in der Zwischenzeit gezeigt, dass Russland sowohl kurzfristig als auch langfristig womöglich bis zu 20 Milliarden Dollar daran verdienen kann, auf saubere Technologien in der Industrie und in anderen Wirtschaftszweigen umzusatteln, so der russische Außenminister in einem Interview mit der norwegischen Zeitung Dagbladet.





## Global Marshall Plan und Mikrofinanzierung: eine Chance zur nachhaltigen Entwicklung?

Von André Munzinger, Maïke Sippel, Felipe Simmel

Newsletter  
3/2004

Der United Nations Capital Development Fund (UNCDF) hat 2005 zum Jahr der Mikrokredite ausgerufen – Grund genug für die *Global Marshall Plan Initiative*, über die Integration von Mikrofinanzierung in den Global Marshall Plan zu diskutieren.

Nachhaltige Entwicklung ist eines der Kernziele der *Global Marshall Plan Initiative*. Es geht darum zu klären, wie eine nachhaltige Entwicklungspolitik konkret gestaltet werden soll. Es besteht vor allem ein Diskussionsbedarf vor dem Hintergrund der Entwicklungsbemühungen der letzten 50 Jahre: Mehrere hundert Mrd. Euro allein aus Deutschland und das Vielfache weltweit wurden in verschiedenste Projekte investiert. Die gewünschten Entwicklungen blieben jedoch weitgehend aus.

Dies lässt darauf schließen, dass eine Akzentverschiebung in der Entwicklungspolitik von Nöten ist: von überwiegend „top-down“ zu überwiegend „bottom-up“. Hiervon erhofft man sich zunächst eine effektivere Verteilung von Entwicklungsmitteln; insbesondere soll damit sichergestellt werden, dass Entwicklungsgelder wirklich dort ankommen, wo sie gebraucht werden und nicht, wie es in der Vergangenheit oftmals der Fall war, zweckentfremdet werden. Vor allem aber ermöglichen „bottom-up“-Ansätze ein besseres Eingehen auf die lokale Bevölkerung und deren Bedürfnisse. Sie sind damit nicht nur Objekt einer Entwicklungspolitik, sondern werden maßgeblich an den Prozessen beteiligt. Dies wiederum stellt eine Identifizierung mit den jeweiligen Entwicklungsprojekten sicher, was für einen nachhaltigen Erfolg entscheidend ist.

Mikrofinanzierung ist ein solcher „bottom-up“-Mechanismus. Er sieht vor, Bevölkerungsgruppen unterhalb und knapp oberhalb der Armutsgrenze den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu eröffnen,

von denen sie aufgrund mangelnder Sicherheiten am regulären Markt ausgeschlossen sind. Indem sog. microfinance institutions (MFIs) ein Dienstleistungsspektrum von Mikrokrediten über Mikroversicherungen bis Mikrosparganlagen für die Armen anbieten, unterstützt man sie darin, ihren eigenen Weg aus der Armut zu finden: Hilfe zur Selbsthilfe. Mikrokredite können für die finanzielle Konsolidierung eines Haushalts, für Investitionen in Kleinunternehmen oder Ausbildung genutzt werden; ebenso lassen sich Arztrechnungen bezahlen und auf diesem Weg die Gesundheit der Mitglieder eines Haushalts fördern.

Da Mikrofinanzierungsprojekte (MFPs) nicht als Almosen fungieren sollen, sondern sich auf lange Sicht finanziell selbst tragen sollen, ist Risikostreuung von zentraler Bedeutung. Bei konventionellen Finanzanlagen geschieht dies durch Sicherheiten in Form von Eigentum etc.; darüber verfügen die potentiellen Klienten von Mikrofinanzierungen jedoch nicht.

Daher wird auf lokale Informationsnetzwerke zurückgegriffen, um eine Risikoabschätzung und damit Risikostreuung zu erreichen. Im Fall von Mikrokrediten werden Kunden mit gleichem Risiko zu Kreditgruppen zusammengefasst. Dies hat zwei Vorteile: Erstens, die Höhe der Kreditzinsen und die Laufzeit können auf das Risiko der jeweiligen Kreditgruppen abgestimmt werden. Dies bedeutet in der Regel, dass Mikrokredite zu günstigen Konditionen angeboten werden. Zweitens, da die Kreditgruppe als Gruppe für den Kredit bürgt, wird durch gruppeninterne Kontrolle sichergestellt, dass die Kreditschuld tatsächlich beglichen wird (Weitere Mechanismen zur Risikostreuung sind dynamische Anreize, reguläre Rückzahlungspläne sowie die Einrichtung von Notfallfonds).



International Year of **Microcredit** 2005

Building Inclusive Financial Sectors to Achieve  
the Millennium Development Goals

Bevor Mikrofinanzierung als ein Instrument der Entwicklungshilfe in den Global Marshall Plan integriert wird, ist zu klären, welche Erfolge MFPs verbuchen können. Angesichts zunehmend knapper Mittel für Entwicklungshilfe ist ein effizienter Mitteleinsatz essentiell. Wie sind also die Erfolge der Mikrofinanzierung speziell vor dem Hintergrund der Millennium Development Goals (MDGs) zu bewerten?

Die Ergebnisse von Mikrofinanzierungsprojekten sind ambivalent: Es gibt zurzeit keine Studie, welche die Performance von Mikrofinanzierungsprogrammen global vergleicht. Neben vielen Länderstudien sind aber einige überregionale Studien verfügbar. Die Methodologien dieser Studien sind jedoch nicht von einheitlicher Qualität; ein systematischer Vergleich ist somit schwierig. Es lassen sich also nur verlässliche Belege aus Studien zu Einzelprojekten anführen. Diese rechtfertigen einen vorsichtigen Optimismus hinsichtlich der Rolle von Mikrofinanzierung zur Verwirklichung der MDGs:

**Armutsbekämpfung:** Die von Prof. Yunus gegründete Grameen-Bank trägt im Kleinen zur Reduzierung der Armut von Haushalten und insbesondere Frauen in Bangladesh bei: Die vergebenen Mikrokredite werden für Investitionen in Kleinunternehmen verwendet und vergrößern damit das Einkommen der Haushalte. Ähnlich positive Ergebnisse lassen sich auch für MFPs in Südostasien, Afrika und Lateinamerika verzeichnen. Insgesamt feststellen lässt sich: Haushalte knapp oberhalb der Armutsgrenze profitieren am meisten von Mikrofinanzierung; für ärmere Haushalte hingegen sind nur geringe Verbesserungen oder sogar eine Verschlechterung der finanziellen Lage durch Teilnahme an MFPs zu verzeichnen. ↓



Dies liegt einerseits am Investitionsverhalten ärmerer Haushalte: Sie nutzen Mikrokredite in erste Linie für die Konsolidierung ihrer Finanzen (Schuldenabbau), kaum aber für die Diversifizierung ihrer Einkommensquellen (Investitionen in Kleinunternehmen). Andererseits ist das institutional design vieler MFPs verantwortlich für dieses Defizit.

**Förderung der Ausbildung von Kindern:**

Mikrokredite werden auch für Investitionen in die Ausbildung von Kindern genutzt. Statistische Erhebungen deuten daraufhin, dass Kinder aus Haushalten, welche an MFPs teilnehmen, regelmäßiger und länger die Schulen besuchen.

**Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Frauen:**

Studien unterschiedlicher Entwicklungshilfeorganisationen belegen eine positive Korrelation zwischen der Teilnahme an MFPs und der Verbesserung der allgemeinen Gesundheit in einem Haushalt. Dies wird nicht nur auf Verwendung der Mikrokredite für das Bezahlen von Arzt- und Krankenhausbesuchen zurückgeführt, sondern auch auf die flankierende Gesundheitsberatung durch MFIs.

**Bekämpfung von HIV/Aids:** Auch in diesem Bereich lassen sich positive Effekte feststellen. Die von MFIs angebotene Beratung umfasst auch Aufklärung zur Verhütung und zum Schutz vor HIV/Aids.

**Förderung der Gleichstellung von Frauen:** Positive Korrelationen bestehen auch in diesem Bereich. Ein steigender Anteil von Frauen in Entwicklungsländern nimmt an MFPs teil und kann auf diesem Weg eigene Investitionen tätigen, was zu ihrer Unabhängigkeit sowie der Stärkung ihres Selbstbewusstseins beiträgt. Allerdings sind vereinzelt negative Entwicklungen zu verzeichnen: In einigen afrikanischen Ländern führte die Teilnahme von Frauen an MFPs zur Feminisierung von Verschuldung wie eine Studie von One World Action ([www.oneworldaction.org](http://www.oneworldaction.org)) belegt.

**Ökologische Nachhaltigkeit:** In diesem Bereich sind kaum messbare Einflüsse von MFPs zu verzeichnen. Es gibt allerdings Beispiele von Kooperationen zwischen MFIs, Kreditgruppen und privaten Wasserversorgern, um den Zugang zu Trinkwasser zu ermöglichen. Zumeist geschieht dies dort, wo staatliche Stellen diese Leistungen nicht anbieten können. Umwelt- und Klimaschutz im engeren Sinn werden von MFIs nicht thematisiert und finden bis jetzt keinen Eingang in MFPs.

Weiterhin wichtig für die Bewertung der Möglichkeiten von Mikrofinanzierung für nachhaltige Entwicklung ist das bestehende Finanzvolumen. Nach einer Studie von der Consultative Group to Assist the Poor ([www.cgap.org](http://www.cgap.org)) umfasste das Gesamtfinanzvolumen, das für Mikrofinanzierungsprojekte im Jahr 2003 zur Verfügung stand, rund 15 Mrd. USD. Davon sind ca. 1,1 Mrd. USD Investitionen aus öffentlichen und privaten ausländischen Quellen. Da es sich hierbei um Investitionen handelt, ist diese Summe zurückzuzahlen. Auf diesem Weg sollen MFIs zu finanziell tragfähigem Wirtschaften motiviert werden. Der Restbetrag von 13,9 Mrd. USD ist in Form von

Spenden oder Entwicklungshilfegeldern in MFPs eingeflossen. Im Vergleich dazu haben Staaten im Jahr 2003 nach Angaben der OECD rund 68,5 Mrd. USD für Entwicklungshilfe ausgegeben.

Diese Zahlen geben jedoch keinen Aufschluss darüber, wie hoch die Absorptionsrate von MFPs ist; wie viel Geld also über Mikrofinanzierung sinnvoll eingesetzt werden könnte. Systematische Erhebungen zur Wirksamkeit und Effizienz wären jedoch notwendig, um die Möglichkeiten der Mikrofinanzierung besser abschätzen zu können.

Ein systematischer Überblick über Mikrofinanzierung ist auch aus einem anderen Grund nötig. Er erlaubt eine zielgerichtete Diskussion über die Integration von MFPs in den Global Marshall Plan. Diese Diskussion möchte die *Global Marshall Plan Initiative* ([www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org)) auf jeden Fall führen, und lädt jeden ein, sich zu beteiligen. Dies bietet sich auch an, da der UNCDF das Jahr 2005 zum Internationalen Jahr der Mikrokredite ausgerufen hat ([www.yearofmicrocredit.org](http://www.yearofmicrocredit.org)).



## FAO schreibt Recht auf Nahrung fest

Von Nicolai Sune Andersen

Bei den Verhandlungen der Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen (FAO) wurde zum ersten Mal international das Recht auf Nahrung festgeschrieben. Das FAO-Komitee zur Sicherheit der Welternährung hatte nach zweijährigen Verhandlungen freiwillige Richtlinien verabschiedet, nach denen alle Staaten dafür sorgen müssen, dass ihre Bevölkerung keinen Hunger leidet.

Die 19 Leitlinien sehen u.a. vor, dass die Bevölkerungen an nationalen wie internationalen Armutsbekämpfungsprogrammen beteiligt werden müssen und dass der Staat eingreifen muss, wenn die Marktwirtschaft versagt. Weiterhin beinhalten die Leitlinien Regelungen bezüglich des Zugangs zu Ressourcen, die Aufforderung, Landreformen herbeizuführen und Regelungen zur Nahrungsmittelhilfe zu erlassen. Auch gegenwärtige und künftige Besatzungsmächte werden verpflichtet, für die Ernährung des Volkes des jeweils besetzten Landes zu sorgen.

Die freiwilligen Leitlinien sind allgemeine Grundsätze für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung und sollen dazu beitragen, möglichst schnell die Ziele des auf dem Welternährungsgipfel von 2002 aufgestellten Aktionsplans zu erreichen und die Zahl der Hungernden zu halbieren. Sie sollen dazu beitragen, dass nationale sowie internationale Institutionen ihre Politik verstärkt auf die Ernährungssicherung ausrichten und einen Rahmen für gutes Regierungshandeln zur Hungerbekämpfung zu schaffen.

Auch wenn viele Einzelformulierungen der Leitlinien insbesondere den Nichtregierungsorganisationen nicht weit genug gehen, besteht unter den Beteiligten ein Konsens, dass die Verabschiedung ein wichtiger Schritt im Kampf gegen den Hunger war. Zum ersten Mal haben sich Menschenrechts-, Entwicklungs- und Agrarexperten der Regierungen von über 120 Ländern darauf geeinigt, wie „gutes Regierungshandeln“ zum Thema Hungerbekämpfung konkret auszusehen hat. An der Umsetzung dieser freiwilligen Selbstverpflichtung werden sich diese Länder in Zukunft messen lassen müssen.

Es wird weiterhin darüber gestritten, was das Menschenrecht auf Nahrung bedeutet und welche Pflichten für Staaten, internationale Organisationen oder multinationale Konzerne aus diesem Recht abgeleitet werden können. Nationale Gerichte beziehen sich nur sehr selten auf das international verbrieft Menschenrecht auf Nahrung, um zugunsten der von Hunger und Unterernährung betroffenen Bevölkerung zu entscheiden. Außerdem fehlt die Entwicklung von Beschwerdeverfahren zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK-Rechte) zur Einklagbarkeit dieses Menschenrechts durch Individuen oder Gruppen.

Gegenwärtig haben insgesamt 22 Länder das Recht auf Nahrung in ihrer Verfassung aufgenommen, entweder als Recht aller Bürger oder im Kontext mit Rechten für Kinder. Allerdings fand bisher in keinem Land eine Festschreibung der rechtlichen Maßnahmen für die Umsetzung des Rechts auf Nahrung statt. Gesetze für die Anwendung des Rechts werden benötigt, um besonders damit verbundene Bereiche angehen zu können, wie zum Beispiel Landbesitzregelungen, Wasserzugangsrechte, Mindestlohnfestlegungen, Sozialversicherungssysteme, Kreditvergabe, ländliche Märkte, Lebensmittelproduktion und -qualität.





International Criminal Court

## **Die USA versuchen erneut, den Internationalen Strafgerichtshof zu schwächen**

*Von Nicolai Sune Andersen*

Die Stiftung Weltvertrag setzt sich dafür ein, dass internationale Institutionen, die auf eine Weiterentwicklung des Völkerrechts zur Regelung der zunehmend globalen Beziehungen hinwirken, gestärkt werden. Hierzu gehört auch der noch junge Internationale Strafgerichtshof. Gegenwärtig versuchen die USA abermals, diese Rechtsinstanz zu untergraben. Die USA planen, die Militärunterstützung für Staaten abzubauen, die den Amerikanern eine Ausnahmeregelung für ihre Truppen verweigern.

Damit versucht der amerikanische Kongress, die Kompetenzen des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag noch mehr zu begrenzen. Kongressmitglieder drohen einigen Staaten damit, die amerikanische Wirtschaftshilfe zu kürzen oder zu streichen, wenn sie keine Garantie abgeben, amerikanische Soldaten nicht an den Strafgerichtshof zu überstellen.

Gestärkt durch die kürzlich abgehaltenen Wahlen in den USA, wird der Kongress gegenwärtig von Mitgliedern der Republikanischen Partei dominiert. Bereits 2002 hatte der Kongress ein Gesetz verabschiedet, das die Militärunterstützung für alliierte Länder blockiert, die sich weigern, amerikanische Soldaten und Diplomaten von einer eventuellen Überstellung an den Internationalen Strafgerichtshof auszuschließen. Da ganze 96 Länder diesbezüglich Verpflichtungen mit den USA eingegangen sind, haben US-amerikanische Soldaten und Diplomaten auf diese Weise de facto eine Immunität gegenüber dem Strafgerichtshof erwirken können.

Schätzungen zufolge halten die USA derzeit über 2,5 Milliarden Dollar zurück, die zur Stabilisierung und Demokratieförderung, für ökonomische Reformen und zur Bekämpfung des Drogenschmuggels eingesetzt werden sollen. Betroffen sind vor allem Länder wie Jordanien, Mexiko und Venezuela, also Länder mit nur geringem strategischem Interesse für die USA.

Der ehemalige US-Präsident Bill Clinton unterzeichnete kurz vor seinem Amtsende das Abkommen über die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes von 1998, aber George W. Bush ließ die Unterschrift wieder rückgängig machen. Seitdem haben aber genügend andere Länder dem Abkommen über die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes zugestimmt (139 Länder haben es unterzeichnet, 97 ratifiziert), so dass der Gerichtshof seine Arbeit bereits aufnehmen konnte.



**Neue Publikation der Stiftung Weltvertrag:  
Lust auf Zukunft – Kommunikation für eine  
nachhaltige Globalisierung**

*Von Torge Hamkens*

Damit sich Menschen durch das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung angesprochen fühlen, müssen Wege aufgezeigt werden, wie jeder Einzelne komplexe Handlungen beeinflussen und zukunfts-fähig gestalten kann. Der Nachhaltigkeitsgedanke muss in vertraute Werte und Handlungsmuster übersetzt werden: Wie können Kommunikationsstrategien aussehen, die Menschen erreichen und mobilisieren? Wie kann nachhaltige Entwicklung attraktiv und positiv erfahrbar werden? Wie kann der Schritt vom Wissen zum Handeln gelingen und wie kann er von wem unterstützt, gefördert und moderiert werden? Wie sollte dabei die Kommunikation innerhalb und zwischen Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft aussehen?

Antworten zu diesen Fragen gibt ein neues Buch der Stiftung Weltvertrag, das auf der Grundlage einer Konferenz im Herbst 2003 in Kooperation mit dem Berliner Nachhaltigkeitsnetzwerk 3plusX und dem Think Tank Berlinpolis entstand. Das Buch bietet zahlreiche Anregungen, wie der notwendige „Wandel in den Köpfen“ (Volker Hauff) hin zu einer sozialverträglichen und ressourcenschonenden Gestaltung der Globalisierung erreicht werden kann. Unterteilt in die Kapitel *Globale Strukturpolitik*, *Corporate Citizenship* und *Nachhaltiger Konsum*, diskutieren junge Entscheidungsträger aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft Strategien für eine zukunfts-fähige Entwicklung und suchen nach neuen Ansätzen für die Kommunikation des Nachhaltigkeitsgedankens.

Das Buch kann direkt bei Torge Hamkens unter der e-mail-Adresse [torge@hamkens.net](mailto:torge@hamkens.net) bestellt werden.



Daniel Dettling/ Torge Hamkens/  
Lena Kempmann/ Tile von Damm  
(Hrsg.):  
Lust auf Zukunft – Kommunikation  
für eine nachhaltige Globalisierung,  
Hamburg 2004, 256 S., 15,- Euro,  
ISBN 3-8334-0777-8



Newsletter  
3/2004

## Termine

Stiftungstreffen am 18. bis 19.02.2005 in Hamburg

## Impressum

Redaktion  
Nicolai Sune Andersen  
[nicolai.andersen@weltvertrag.org](mailto:nicolai.andersen@weltvertrag.org)

Gestaltung  
Keller Maurer Design  
[www.km-d.com](http://www.km-d.com)